

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Anregungs- und Beschwerdeausschuss	08.04.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Planung einer ICE-Trasse durch das Johannisbachtal in Schildesche/Heepen

Betroffene Produktgruppe

-

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Keine Auswirkungen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Keine Auswirkungen

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Rat der Stadt Bielefeld, 08.12.2016, TOP 20, Ds.-Nr. 4100/2014-2020

Rat der Stadt Bielefeld, 14.09.2023, TOP 17, Ds.-Nr. 5999/2020-2025

Rat der Stadt Bielefeld, 14.09.2023, TOP 17.1, Ds.-Nr. 6764/2020-2025

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, 09.12.2014, TOP 4.1, Ds.-Nr. 0386/2014-2020

Sachverhalt:

Die Einführung des Deutschlandtaktes soll ein Projekt zur Stärkung des Schienenverkehrs in Deutschland sein. Fahrgäste sollen durch abgestimmte Reisezeiten in sog. Knotenbahnhöfen möglichst viele und regelmäßig wiederkehrende Umsteigeverbindungen erreichen können. Federführung und Koordinierung übernimmt das Bundesministerium für Digitales und Infrastruktur.

Ein entscheidender Korridor, damit der Deutschlandtakt mit seinem vorgesehenen Angebot umgesetzt werden kann, ist der Abschnitt Hamm – Bielefeld – Hannover. Hamm und Hannover sind Knotenbahnhöfe im Fernverkehr und sollen dafür laut Planungen des Deutschlandtaktes in 54 Minuten erreicht werden, so können in diesen Bahnhöfen in jeder Stunde die gleichen Umstiegsmöglichkeiten angeboten werden. Das größte Einsparpotenzial zur Erreichung dieser Fahrtzeiten sieht die Deutsche Bahn zwischen Bielefeld und Hannover, da die Bestandsstrecke dort derzeit verhältnismäßig kurvig verläuft und dementsprechend Höchstgeschwindigkeiten begrenzt.

Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahren durch die Deutsche Bahn Planungen für eine neue Schnellfahrstrecke zwischen Bielefeld und Hannover entwickelt. Insgesamt wurden zwölf Trassenkorridore vorgestellt. Diese Trassenentwürfe haben unterschiedliche Auswirkungen auf das Bielefelder Stadtgebiet, den Hauptbahnhof, den Bahnhof Brake, das Naturschutzgebiet Großer Bruch am Wellbach und auch das im Bürgerantrag erwähnte Johannisbachtal.

Ursprüngliche naturschutzfachliche Planungen zur Johannisbachaue

Der Bereich zwischen dem Viadukt und der Herforder Straße ist seit Jahrzehnten im städtischen Eigentum. Er wurde erworben, um hier Hochwasserschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit einem Freizeitsee umzusetzen. Dies konnte jedoch lange finanziell nicht realisiert werden und widersprach später den Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Seit 2009 wird in der Johannisbachaue das Beweidungsprojekt mit Heckrindern zwischen dem Viadukt und dem Jerrendorfweg durchgeführt. Auch die Bewirtschaftung weiterer Flächen im Auenbereich wurde nach und nach extensiviert. Das Gebiet hat sich neben den Rieselfeldern Windel zu dem bedeutendsten Vogelbrut- und Rastgebiet in Bielefeld entwickelt.

Zur Sicherung des Gebietes hatte der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz in seiner Dezembersitzung 2014 (Drucksache 0386/2014-2020) die Verwaltung beauftragt, ein Grobkonzept für ein Naturschutzgebiet in der Johannisbachaue unter Berücksichtigung des Wunsches der Bevölkerung auf naturnahe Erholung zu erarbeiten. Das Konzept „Johannisbachtal – Obersee Landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept mit Grobkonzept für ein Naturschutzgebiet“ ist 2016 in den politischen Gremien vorgestellt und mit folgendem Ratsbeschluss abgeschlossen worden:

Ratsbeschluss vom 08.12.2016

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorgelegten Grobkonzeptes (siehe Vorlage 3466/2014-2020), ein Verfahren zur Änderung des Landschaftsplans Ost einzuleiten und dabei ein Naturschutzgebiet in der Johannisbachaue auszuweisen.
2. Die Verwaltung wird auch beauftragt, den naturnahen Ausbau des Johannisbachs auf der Grundlage des Maßnahmenkonzeptes der Wasserrahmenrichtlinie (siehe Vorlage 3784/2014-2020) vorrangig voranzutreiben.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Bezirksregierung zu bitten, die erforderlichen Änderungen des Regionalplans vorzunehmen.

Unter Hinweis auf das laufende Aufstellungsverfahren für den Regionalplan hat die Bezirksregierung damals die Durchführung eines Änderungsverfahrens jedoch abgelehnt.

Der Regionalplan stellt im Bereich Johannisbachaue aktuell Folgendes dar:

- Bereich zum Schutz der Natur
- Überschwemmungsbereich
- Regionaler Grünzug
- Kernraum Landwirtschaft
- Oberflächengewässer

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Aufstellung des Regionalplanes hat der Rat der Stadt wiederholt auf die besondere Bedeutung der Johannisbachaue für den Naturschutz hingewiesen und die Herausnahme der Wasserfläche aus dem Regionalplan gefordert, deren Darstellung im damaligen, wie auch im aktuellen Regionalplan im Widerspruch zu einem naturnahen Ausbau des Johannisbaches und dessen Ausweisung als Naturschutzgebiet steht.

Ratsbeschluss zur Schnellfahrstrecke Bielefeld - Hannover

Der Rat der Stadt Bielefeld hat sich in der Sitzung am 14.09.2023 intensiv mit dem Thema der neuen Schnellfahrstrecke beschäftigt (vgl. Ds.-Nr. 5999/2020-2025 und Ds.-Nr. 9304/2020-2025). Dabei wurde festgehalten, dass die Stadt Bielefeld das Ziel einen Deutschlandtakt einzuführen, unterstützt.

Neben verschiedener verkehrlicher Ansprüche an den Deutschlandtakt (u.a. Ausgestaltung des Bielefelder Hauptbahnhofs als leistungsfähigen Knotenpunkt für den Regionalverkehr) fordert die Stadt Bielefeld auch „eine detaillierte rechtliche Berücksichtigung aller Aspekte des Klima-, Natur-, Wasser- und Landschaftsschutzes, insbesondere im Hinblick auf die Johannisbachaue“

(Beschlusspunkt 4. zu TOP 17 in der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 14.09.2023).

Damit ist ein Hauptforderungspunkt der antragsstellenden Verbände bereits im Blick der Politik der Stadt Bielefeld verankert und auch schriftlich mit großer Mehrheit beschlossen.

Des Weiteren hat der Rat der Stadt Bielefeld beschlossen „[...] an einem transparenten, offenen Dialog zur Erreichung einer ergebnisoffenen Planung dieser ICE-Verbindung teil[zunehmen]“ (Beschlusspunkt 2. zu TOP 17 in der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 14.09.2023). Eine weitgehende Neutrassierung der ICE-Strecke von vornherein abzulehnen und lediglich den Ausbau der Bestandsstrecke Bielefeld-Hannover zu fordern widerspricht dabei diesen beschlossenen Zielen.

Mit diesem Beschluss geht auch einher, dass die Stadt Bielefeld sich bei entsprechenden Planungen mit Bezug zur Umsetzung des Deutschlandtaktes und entsprechend auch einer möglichen Errichtung einer neuen Bahntrasse einbringt und dieses auch aktiv fordert.

Beigeordneter

Adamski